

BUNDESTAG AKTUELL

Andreas Mattfeldt MdB

OSTERHOLZ VERDEN

Berlin, 29. Januar 2010

Wir werden Deutschlands Wirtschaftskraft erneuern

In dieser Woche stellte uns die Bundesregierung den Jahreswirtschaftsbericht vor. Er bietet eine schonungslose Analyse der wirtschaftlichen Folgen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzmarktkrise, zeigt aber auch die getroffenen und noch zu treffenden Maßnahmen auf, um der Krise wirksam zu begegnen.

Die Wirtschaftspolitik steht in dieser Situation vor drei zentralen Aufgaben: Sie muss kurzfristig die Wirtschaft weiter stabilisieren, mittelfristig die Wachstumschancen erweitern und in den nächsten Jahren die strukturellen Konsolidierungsaufgaben für die öffentlichen Haushalte bewältigen.

Dem ersten dieser Ziele dienen die im Wachstumsbeschleunigungspaket beschlossenen Entlastungsmaßnahmen für Bürger und Unternehmen, die Kaufkraft und Investitionsmöglichkeiten zu stärken. Diesen Weg werden wir konsequent weitergehen. Im Rahmen der geplanten Steuerreform werden wir insbesondere die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen entlasten.

Parallel zu den Entlastungen werden wir mit strukturellen Reformen die längerfristigen Wachstumsspielräume erweitern. Dies betrifft vor allem Investitionen in Bildung, Qualifizierung und Zukunftstechnologien.

Die christlich-liberale Bundesregierung bekennt sich zur Schuldenbremse des Grundgesetzes. Um auch langfristig politisch handlungsfähig zu sein, müssen wir den Staatshaushalt sanieren und das strukturelle Defizit abbauen. Das wird uns am besten durch einen konsequenten Wachstumskurs bei gleichzeitig engagierter Konsolidierungspolitik gelingen.

Erste Schülergruppe besucht mich im Bundestag in Berlin

In dieser Woche hat mich die erste Schüler-Besuchergruppe aus meinem Wahlkreis im Berliner Reichstag besucht. Schon kurz nach meiner Wahl in den Deutschen Bundestag hat mich eine Lehrerin von den Berufsbildenden Schulen Osterholz-Scharmbeck angesprochen. Sie hat den Wunsch geäußert, dass ihre Klasse im Rahmen einer Berlinfahrt den Reichstag besuchen und ein Gespräch mit mir führen wolle.

Diesem Wunsch bin ich selbstverständlich sehr gerne nachgekommen und mein Büro hat alles Notwendige organisiert.



In dem Gespräch mit der Klasse 12 der Fachoberschule Sozialpädagogik ging es vor allem darum, wie es dazu gekommen ist, dass ich Abgeordneter geworden bin. Außerdem habe ich über meine ersten Schritte im deutschen Parlament berichtet. Anschließend haben wir über Themen, die mich als Mitglied des Haushaltsausschusses besonders beschäftigen, wie z.B. die Schuldenbremse und die Haushaltskonsolidierung, diskutiert. Außerdem habe ich den Schülern erläutert wie die Woche eines Bundestagsabgeordneten aussieht und was ich in Berlin mache und erlebe.

Zahl der Empfänger staatlicher Hilfe zurückgegangen

Die Zahl der Personen, die auf existenzsichernde Hilfe des Staates angewiesen waren, ist zurückgegangen. Zum Jahresende 2008 betrug die Zahl der Leistungsempfänger 7,6 Millionen, das waren 5,1 Prozent weniger als im Vorjahr. Damit war jeder elfte Bundesbürger auf eine staatliche Grundsicherung angewiesen.

Den größten Anteil daran bilden

mit 6,6 Millionen die Bezieher von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld.

Die klassische Sozialhilfe erhielten etwa 860 000 Personen, das waren 4,7 Prozent mehr als ein Jahr zuvor.

Weitere 128 000 Personen bezogen zudem Asylbewerberleistungen in Höhe von 800 Millionen

Euro. 46 000 Empfänger erhielten von der Kriegsofopferfürsorge Zuwendungen in Höhe von 500 Millionen Euro. Diese beiden Gruppen sind stark geschrumpft: Die Zahl der Asylbewerber sank um fast 17 Prozent, die der Empfänger von Kriegsofopferfürsorge sogar um knapp 23 Prozent.

Sozialversicherungsbeiträge stabil halten

Mit dem in erster Lesung zur Beratung debattierten Sozialversicherungs-Stabilisierungsgesetz werden die im Koalitionsvertrag vom 26. Oktober 2009 vereinbarten nicht steuerrechtlichen Sofortmaßnahmen umgesetzt. Im Bereich der Sozialversicherungssysteme wird ein „Schutzschirm für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ gespannt. Damit sollen

die konjunkturbedingten Minder-einnahmen in der Arbeitslosenversicherung und der gesetzlichen Krankenversicherung aus Steuermitteln aufgefangen und so die Lohnnebenkosten stabilisiert werden. Im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung wird im Jahr 2010 der Bundeszuschuss einmalig um zusätzliche 3,9 Mrd. Euro aufgestockt. Daran werden

die landwirtschaftlichen Krankenkassen mit einem Teilbetrag von rd. 23 Mio. Euro beteiligt. Zudem wird das Schonvermögen in der Grundsicherung für Arbeitssuchende verdreifacht, indem die Freibeträge von 250 Euro auf 750 Euro pro Lebensjahr angehoben werden.

Familienfreundlichkeit in Deutschland deutlich erhöht

Innerhalb von fünf Jahren hat Deutschland seine Familienfreundlichkeit so stark verbessert wie kein anderes europäisches Land mit Ausnahme von Finnland.

Im internationalen Vergleich belegt es bereits heute einen Spitzenplatz bei der finanziellen Un-

terstützung von Eltern. Auch bei der Vermeidung von Familienarmut ist das deutsche System wesentlich erfolgreicher als die meisten anderen. Lediglich 10 Prozent der Eltern mit einem Kind hatten 2007 weniger als 60 Prozent des bedarfsgewichteten mittleren Einkommens zur Verfügung. Mit zu-

nehmender Kinderzahl steigt jedoch das Armutsrisiko.

Gute Noten erhält auch das deutsche Bildungssystem, das in den vergangenen Jahren deutlich verbessert werden konnte, wie die internationalen Vergleichsstudien PISA und IGLU zeigen.

Büro Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030/227-71322
Fax: 030/227-76932

Email: andreas.mattfeldt@bundestag.de
Internet: www.andreas-mattfeldt.de
Redaktion: Tatjana Range